



Die Krise um die Straße von Ormuz hat sich in den vergangenen Wochen deutlich zugespitzt. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron versucht nun, mit einer diplomatischen Initiative auf internationaler Ebene eine weitere Eskalation zu verhindern. Paris wirbt gemeinsam mit Großbritannien für eine internationale maritime Mission, die offiziell als „neutral“ und „defensiv“ bezeichnet wird und unter breiter internationaler Beteiligung den Schiffsverkehr in der strategisch entscheidenden Meerenge sichern soll.

Macron verfolgt dabei eine doppelte Strategie: Einerseits soll die Freiheit der Schifffahrt garantiert werden, andererseits möchte Frankreich vermeiden, Teil einer direkten militärischen Konfrontation zwischen den USA und dem Iran zu werden. Die französische Regierung betont deshalb immer wieder, dass eine mögliche Mission nicht als offensive Operation gegen Teheran verstanden werden dürfe.

Die wichtigste Energieroute der Welt

Die Straße von Ormuz bleibt einer der empfindlichsten geopolitischen Brennpunkte der Weltwirtschaft. Rund ein Fünftel des globalen Öl- und Flüssiggastransports verläuft durch die nur wenige Kilometer breite Wasserstraße zwischen dem Persischen Golf und dem Indischen Ozean. Bereits kleinere Zwischenfälle reichen aus, um die Energiemärkte zu verunsichern und die Ölpreise weltweit steigen zu lassen.

Seit Beginn der jüngsten Eskalation im Nahen Osten ist die Lage zunehmend außer Kontrolle geraten. Der Iran hat den Schiffsverkehr massiv eingeschränkt, Handelsschiffe wurden attackiert, Versicherungsprämien für Tanker explodierten, zahlreiche Reedereien meiden inzwischen die Route vollständig. Internationale Beobachter sprechen mittlerweile offen von einer schweren globalen Versorgungskrise mit potenziell weitreichenden Folgen für Energiepreise, Inflation und Lieferketten.

Die Auswirkungen sind deutlich spürbar. Besonders energieabhängige Volkswirtschaften Europas und Asiens beobachten die Entwicklung mit wachsender Sorge. Unternehmen aus der Chemie-, Transport- und Schwerindustrie warnen vor steigenden Produktionskosten und erneuten Belastungen der internationalen Lieferketten.



Frankreich zwischen Washington und Teheran

Vor diesem Hintergrund versucht Frankreich, eine eigenständige außenpolitische Rolle einzunehmen. Macron distanziert sich bewusst von einer rein amerikanisch geführten Militärstrategie. Während Washington unter dem Schlagwort „Project Freedom“ eine robustere militärische Absicherung der Route diskutiert, setzt Paris offiziell auf eine internationale Lösung mit diplomatischer Legitimation.

Die französische Regierung spricht von einer „neutralen“ Mission, die nicht gegen den Iran gerichtet sei. Macron erklärte mehrfach, Frankreich werde sich nicht an „gewaltsamen Operationen“ beteiligen und denke nicht an eine einseitige militärische Intervention ohne Abstimmung mit regionalen Akteuren. Gleichzeitig fordert Paris jedoch unmissverständlich die Wiederherstellung der freien Navigation.

Diese Position spiegelt die traditionelle französische Nahostpolitik wider: Paris versucht seit Jahren, sich als Vermittlungsmacht zwischen westlichen Interessen und regionalen Akteuren zu positionieren. Frankreich unterhält enge Beziehungen zu den Golfstaaten, bemüht sich aber zugleich um diplomatische Kanäle nach Teheran.

Internationale Koalition unter schwierigen Bedingungen

Inzwischen arbeiten Frankreich und Großbritannien an einer breiteren internationalen Allianz zur Sicherung der Schifffahrt. Mehrere europäische Staaten sowie weitere Partner signalisierten Bereitschaft zur Beteiligung an einer defensiven Überwachungs- und Begleitmission. Frankreich hat zudem den Flugzeugträger „Charles de Gaulle“ und weitere Kriegsschiffe in Richtung Rotes Meer verlegt, offiziell als vorbereitende Sicherheitsmaßnahme.

Allerdings bleibt die politische Lage äußerst kompliziert. Der Iran betrachtet jede zusätzliche westliche Militärpräsenz in der Region als Provokation. Teheran drohte mehrfach mit Angriffen auf Schiffe, die ohne iranische Zustimmung die Passage nutzen. Gleichzeitig werfen westliche Staaten dem Iran vor, Minen zu legen, Drohnenangriffe zu unterstützen und die internationale Handelsschifffahrt gezielt zu destabilisieren.

Auch innerhalb der internationalen Gemeinschaft bestehen erhebliche Differenzen. Russland und China stehen westlichen Sicherheitsinitiativen skeptisch gegenüber und lehnen eine weitere Militarisierung der Region ab. Eine offizielle UN-Mission wäre daher politisch schwer



durchsetzbar.

Europas strategische Verwundbarkeit

Die Krise offenbart zugleich ein strukturelles Problem Europas: die anhaltende Abhängigkeit von globalen Energie- und Handelsrouten. Nach den Erfahrungen der Energiekrisen seit 2022 wird in europäischen Hauptstädten zunehmend deutlich, wie verwundbar moderne Volkswirtschaften gegenüber geopolitischen Schocks geblieben sind.

Für Frankreich besitzt die Krise deshalb auch eine strategische Dimension. Macron argumentiert seit Jahren für größere europäische „strategische Autonomie“ in Sicherheits- und Energiefragen. Die Ereignisse rund um Ormuz verstärken diese Debatte erheblich. Sollte die Blockade länger andauern, drohen nicht nur steigende Energiepreise, sondern auch politische Spannungen innerhalb Europas über Sanktionen, Militärmissionen und den Umgang mit dem Iran.

Hinzu kommt die Gefahr einer unkontrollierten militärischen Eskalation. Bereits heute operieren amerikanische, britische, französische und iranische Streitkräfte in unmittelbarer Nähe zueinander. Jeder Zwischenfall könnte eine weitreichende Kettenreaktion auslösen.

Macrons Initiative bei den Vereinten Nationen ist daher nicht allein ein diplomatischer Vorstoß zur Sicherung einer Handelsroute. Sie ist zugleich Ausdruck des Versuchs, eine internationale Ordnung aufrechtzuerhalten, in der multilaterale Lösungen noch möglich erscheinen. Ob dies angesichts der verhärteten geopolitischen Fronten gelingt, bleibt jedoch offen.

Von Andreas Brucker